

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Ralf Stadler

Abg. Dr. Petra Loibl

Abg. Paul Knoblach

Abg. Johann Groß

Abg. Ruth Müller

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)

Betriebsaufgaben durch verschärfte Regelungen zur Anbindehaltung verhindern, Hilfspaket für betroffene Tierhalter schnell auf den Weg bringen!
(Drs. 19/3345)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lange Zeit war die ganzjährige Anbindehaltung in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft die vorherrschende Haltungsform für Milchkühe. Der Vorteil dieser Methode liegt vor allem im geringen Platzbedarf und, insbesondere bei der Futterbeschaffung, in niedrigen Kosten pro Tierplatz.

Diese Haltungsform ist heute vor allem in kleineren landwirtschaftlichen Betrieben zu finden, die oft in bergigen oder strukturschwachen Regionen liegen, die manchen Entscheidungsträgern nur vom Urlaub oder aus Zeitschriften bekannt sein dürften.

In Bayern betreiben die Anbindehaltung laut der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft etwa 13.000 Höfe der rund 24.000 Milchviehhalter. Diese Art der Haltung ist ein wesentlicher Bestandteil unserer kleinbäuerlichen Struktur, die Bayern so einzigartig macht. Doch aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit geriet diese Haltungsform zunehmend in Kritik.

Lösungsvorschläge seitens der Staatsregierung? – Bislang spontane Reflexe ohne nachhaltige Planung. Der Einstieg in den Ausstieg aus der Anbindehaltung, den Landwirtschaftsministerin Kaniber per Regierungserklärung 2021 vollmundig verkündete,

war genau das: ein Schnellschuss ohne Konzept. Dass solche leeren Worthülsen bei den betroffenen Landwirten für Existenzängste sorgen, interessiert offenbar niemanden. Im Gegenteil: Frau Kaniber hat später im Landwirtschaftsausschuss sogar ihre eigene Aussage dementiert, als ob es nie eine solche Ankündigung gegeben hätte.

Selbst der damalige Bauernverbandspräsident Heidl fand deutliche Worte. Er sagte: Wer einen schnellen Ausstieg will, befördert einen massiven Strukturwandel. – Unsere Anträge zur Kombinationshaltung, die eine realistische, praktikable Alternative darstellten, wurden jedoch jedes Mal abgelehnt; vermutlich deshalb, weil sie nicht in das ideologische Weltbild passen.

Anstatt mit den Landwirten nach tragfähigen Lösungen zu suchen, setzte es im Herbst 2024 den nächsten Schlag: ein prinzipielles Verbot der Anbindehaltung ohne Rücksicht auf Verluste. Was mit den betroffenen Landwirten passiert – offenbar Nebensache für die schwarz-rot-grünen Genossen, die in ihrer ideologischen Blase verharrten und die Lebenswirklichkeit unserer Bauern komplett ignorieren.

Daraufhin haben wir als AfD die Staatsregierung aufgefordert, umgehend ein Hilfsprogramm für die betroffenen Landwirte zu initiieren, falls tatsächlich ein generelles Verbot der Anbindehaltung kommen sollte. Gleichzeitig erwarten wir von der Staatsregierung, dass sie sich klar zu ihrer Verantwortung bekennt, die bayerische Tierhaltung in ihrer bisherigen Quantität und Qualität zu erhalten.

Meine Damen und Herren, unbestritten ist die ganzjährige Anbindehaltung ein Auslaufmodell. Die Frage ist aber nicht, ob, sondern wie dieser Wandel gestaltet wird. Die Landwirte, die ihre Ställe damals gebaut haben, haben das damals nach geltenden Vorgaben und Standards gemacht. Diese Betriebe haben ein Recht auf Bestandschutz.

Doch jetzt stehen alle Altställe in Bayern auf dem Prüfstand. Das hat desaströse Folgen. Der Umbau auf tierfreundliche Offenstallhaltung, Haltungsstufe 3, bringt erhebliche finanzielle Belastungen mit sich. Die Baukosten für einen Laufstall liegen derzeit

bei rund 16.000 Euro pro Tierplatz. Viele kleinbäuerliche Betriebe können das trotz staatlicher Förderung langfristig nicht mehr stemmen und werden zum Aufgeben gezwungen.

Wir fordern deshalb sofortiges Handeln der Staatsregierung. Die Landwirte brauchen nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch Beratung vor Ort, um Möglichkeiten zur Weiterführung ihrer Betriebe auszuloten. Wo das nicht möglich ist, müssen Auffanghilfen geschaffen werden, damit niemand alleingelassen wird.

Politische Entscheidungen wie das Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung dürfen nicht auf dem Rücken unserer Landwirte ausgetragen werden. Die EU macht unserer Landwirtschaft mit ihren bürokratischen Vorgaben ohnehin schon genug Druck. Wir brauchen in Bayern Lösungen, die unsere bäuerlichen Betriebe unterstützen und nicht zerstören.

Zeigen wir den bayerischen Landwirten, dass dieses Haus ihre Interessen wahrnimmt und sich nicht hinter Brandmauern verkriecht. Stimmen Sie unserem Antrag zu, nicht für uns, sondern für die Zukunft Bayerns und seiner Landwirtschaft.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion spricht die Frau Kollegin Dr. Petra Loibl.

Dr. Petra Loibl (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stadler, ich habe mir die ganze Zeit gedacht, wie Sie Ihren Antrag wohl begründen werden. Sie fordern ein Hilfsprogramm für die bayerischen Landwirte, falls das von der Bundesregierung geplante Verbot der Anbindehaltung beschlossen würde.

Jetzt haben Sie entweder nicht mitbekommen, dass die Ampel-Regierung beendet ist und der Entwurf des Tierschutzgesetzes, auf den Ihr Antrag abzielt, aufgrund der Diskontinuität nicht mehr weiterverfolgt wird – das Verfahren wird, wenn überhaupt, von

Neuem beginnen –, oder Sie haben es doch mitbekommen und haben sich gedacht: Ach ja, dann gebe ich die Schuld eben der Bayerischen Staatsregierung und erkläre dasselbe noch einmal. – Unglaublich!

Lassen Sie mich eingangs klarstellen: Bayern ist geprägt von bäuerlicher, kleinstrukturierter, familiengeführter Landwirtschaft. Zwei Drittel der Betriebe in Bayern halten Nutztiere. Die Nutztierhaltung ist das Rückgrat in unserer bayerischen Agrarstruktur. Die Bayerische Staatsregierung bekennt sich ganz klar zum Fortbestand der Nutztierhaltung in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich steht die Bayerische Staatsregierung auch für umfassenden Tierschutz. Auch die Tierhalter haben die gestiegenen Erwartungen der Gesellschaft mitbekommen. Sie sind veränderungsbereit und umstellungswillig.

Ja, die Ampel-Regierung hatte ein Verbot der Anbindehaltung geplant, wie es in diesem Entwurf stand. Es hätte 10.000 Anbindehalter in Bayern betroffen. Das hätte massive Folgen für unsere Betriebe gehabt. Aber dieser Entwurf des Tierschutzgesetzes ist erst mal dahin.

Aber Sie sagen jetzt: Bayern macht es genauso. Bayern will die Anbindehaltung verbieten. – Das stimmt nicht, wie Sie wissen, wenn Sie genau zugehört haben bei der Regierungserklärung, die Sie angeführt haben. Hier geht es um die ganzjährige Anbindehaltung; die ist ein Auslaufmodell. Mit Maß und Ziel und mit Freiwilligkeit statt mit Ordnungsrecht sollen die Landwirte in Bayern begleitet werden, und sie werden seit vielen Jahren begleitet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Seit Jahrzehnten gibt es keinerlei Förderung mehr für reine Anbindeställe. Seit vielen Jahren setzen wir auf die Kombihaltung mit Sommerweide oder anderen Bewegungsmöglichkeiten. Seit vielen Jahren gibt es die Förderprogramme AFP und BaySL. Ich

muss das hier nicht näher ausführen. Sie sind auch im Landwirtschaftsausschuss, Herr Stadler. Sie werden schon mal gehört haben, worum es bei diesen Förderprogrammen geht.

Außerdem: Seit 2015, seit zehn Jahren, wird die Landwirtschaft begleitet von der LfL. "Kleine Milchviehställe" heißt das Konzept. Landwirte werden hier nicht im Regen stehen gelassen. Es gibt die T10-KULAP-Möglichkeit für die Sommerweidehaltung. Es gibt eine Beratungsoffensive. In den 32 Ämtern steht den Landwirten geschultes Personal zur Seite. Es werden einzelbetriebliche Beratungen durchgeführt.

Ich kann es nicht glauben, dass Sie sich hierhinstellen und so tun, als ob Bayern dieses Verbot der Anbindehaltung auf den Weg gebracht hätte. Mitnichten!

Wir stehen zur Nutztierhaltung in Bayern. Das ist mir das Wichtigste. Der erste Teil Ihres Antrages ist hinfällig, weil er sich auf die Bundesregierung bezieht, der zweite Teil auch. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Ralf Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrte Frau Loibl, irgendetwas stimmt da nicht. Vielleicht hat die CSU eine Blasenkrankheit. Ich habe es gesagt: Ihr kommt aus der Blase nicht heraus. – Jeden Tag gibt ein kleinbäuerlicher Betrieb auf. Dann geht es weiter. Ich habe gesagt "vorsorglich". Seien wir mal realistisch: Was wird bei der nächsten Wahl herauskommen? – Schwarz-Rot-Grün. Dann sind die Verursacher schon wieder in der Regierung. Was möchten Sie denn machen? Glauben Sie wirklich, dass Söders Versprechen durchgehalten werden?

(Zuruf von der CSU: Ja!)

– Von wegen! Sie werden noch an mich denken. Das kann doch wirklich nicht sein. Dann kommen Sie daher. Haben Sie mal nachgeschaut?

(Zurufe von der CSU)

Ich sage es ganz ehrlich: Ich schreibe meine Reden selbst. Ich mache sie immer für einen Durchschnitts-IQ von 85 bis 115. Ganzjährige Anbindehaltung habe ich da mindestens dreimal erwähnt. Sie haben das gar nicht gemerkt. Was ist denn da los? Ich habe gesagt, ein vorsorgliches Hilfsprogramm. Wollen Sie es wieder darauf ankommen lassen? Wollen Sie wieder Bauern-Demonstrationen? Wollen Sie das wirklich provozieren? Sehen Sie doch mal ein, dass es da hinten und vorn nicht stimmt!

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin.

Dr. Petra Loibl (CSU): Okay. Wir leiden weder an Gehörschwäche noch an einer Blasenkrankheit, aber ich habe da jetzt wirklich keine Frage gehört. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Paul Knoblach für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss doch noch mit einem Halbsatz auf meine Vorrednerin eingehen: Ich freue mich, Frau Kollegin Dr. Loibl, Sie bei guter Gesundheit anzutreffen.

Die Fraktion der GRÜNEN wird auch diesem Antrag der AfD-Fraktion nicht zustimmen.

(Anna Rasehorn (SPD): Überraschung!)

Die "Keine Alternative für Deutschland" möchte sich erneut der Bauernschaft andienen. Dabei mag es nicht in Ihre Köpfe, wo eigentlich genug Platz wäre, dass das

Motto "Es soll alles bleiben, wie es ist" kein politisches Programm ist. Seriöse Politiker:innen

(Unruhe bei der AfD)

gestalten die Zukunft für Mensch und Tier positiv und verhindern nicht nur. Die Big Four der großen Supermarktketten haben bereits überholt und vollendete Tatsachen geschaffen. Aldi und Co. nehmen kein Fleisch und keine Milch mehr unter der Hal-
tungsstufe 4. Das bedeutet ohnehin, dass nichts bleibt, wie es ist.

(Zuruf bei der AfD: Zum Thema!)

Der Stallumbau von Anbindehaltung wird bereits gefördert. Das bayerische Förderprogramm, das den Umstieg von Anbindehaltung auf Weidehaltung fördert, heißt "Aktionsprogramm Weideland Bayern". Es fördert die Weidehaltung in Bayern und wurde für landwirtschaftliche Betriebe aufgelegt, um sie bei der Einführung und Ausweitung der Weidehaltung zu unterstützen.

Zusätzlich gibt es im Rahmen des Bayerischen Sonderprogramms Landwirtschaft – BaySL – Fördermöglichkeiten für den Umbau von Anbindehaltung zur Laufstallhaltung. Betriebe, die von Anbindehaltung auf Laufstallhaltung umstellen, können eine Förderung von bis zu 40 % erhalten. Dass wir GRÜNE da mehr fordern, ist kein Geheimnis.

Wenn Sie eine Alternative wären, dann würden Sie das den Landwirt:innen erzählen und keine redundanten, rückwärts gerichteten Anträge stellen.

Und vergessen Sie mir nicht den Tierschutz; der hat Verfassungsrang. Wenn Sie die Verfassung bejahen würden, dann würden Sie das Hohe Haus nicht mit solchen Anträgen belästigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Herr Kollege, wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung, des Kollegen Ralf Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Herr Knoblach, Sie haben das jetzt so vorgebracht: Wer den Stall ausbauen möchte, bekommt Förderungen. Das passt alles. Aber Sie haben einen ganz wichtigen Punkt total vergessen oder vielleicht verdrängt: Was passiert mit einem Bauernhof, der ganzjährige Anbindehaltung hat und gar keine Möglichkeit hat zum Umbau auf einen Laufstall, weil vielleicht das Dorf, wo er ist, schon komplett zugebaut ist, weil es einfach nicht mehr möglich ist? Was machen Sie da? Sagen Sie einfach "Pech gehabt, du hast die Arschkarte gezogen, wir ziehen es jetzt durch, weil wir die GRÜNEN sind?" Das würde mich interessieren.

Paul Knoblach (GRÜNE): Herr Kollege Stadler, ich werde Ihre Terminologie natürlich nicht übernehmen. Das wird Ihre Terminologie bleiben, von irgendwelchen Karten und so zu sprechen. Das ist Ihr Jargon. Das wird nicht meiner.

(Ralf Stadler (AfD): Was passiert mit diesen Bauern?)

Es gibt Berechnungen, Erhebungen, Aufzählungen von uns und von Einrichtungen des Freistaates, die festgestellt haben, dass ein ganz hoher Anteil an Milchviehställen umbaubar ist, zumindest in Richtung saisonale Anbindehaltung mit Laufhöfen etc.

(Ralf Stadler (AfD): Was ist mit den anderen? Keine Antwort!)

Nur ein ganz kleiner Prozentsatz, ein ganz kleiner Teil an Höfen wird da noch Sorgen haben. Dafür, wie auch für die anderen Umbauwilligen, haben wir erfahrene Beratungsstrukturen in den Ökoanbauverbänden, in der staatlichen Beratung, überall.

(Zuruf von der AfD)

Diese bieten den Bäuerinnen und Bauern wirklich ihr ganzes Wissen an. Dazu zählt unser LfL, die Bauberatung und alles andere auch. Ich habe selbst Betriebe betrachtet, –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit!

Paul Knoblach (GRÜNE): – vor Kurzem im Raum Rosenheim. Die haben umgebaut, sind angetan von ihrem Umbau und würden es nie mehr anders machen. Das LfL hat es unterstützt.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. Die Redezeit ist zu Ende.

Paul Knoblach (GRÜNE): Es sind sehr gute Ställe entstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist Herr Kollege Johann Groß für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Johann Groß (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist das Milchland Deutschlands. Ungefähr 30 % der Milchkühe stehen in bayerischen Ställen und produzieren gut ein Viertel der Milchmenge in Deutschland. Unsere milchviehhaltenden Betriebe sind eine tragende Säule der bayerischen Landwirtschaft. Sie übernehmen gerade im Grünland die wichtige Kulturlandschaftspflege, einen Dienst für die Gesellschaft. Das möchte ich betonen.

Um unsere weiten grünen Almen und Täler werden wir weltweit beneidet. Unsere vielfältigen landwirtschaftlichen Betriebe sorgen dafür, dass das so bleibt. Daneben stabilisieren sie mit ihrer Milch den deutschen Milchmarkt, einen Markt, der in den letzten Monaten nach langer Zeit endlich eine erfreuliche Entwicklung genommen hat. Unsere Milchbauern sorgen seit jeher zuverlässig für die Ernährungssicherheit unserer Bürger. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist die Bedeutung der Selbstversorgung allgemein wieder präsenter. Ein Vergelts Gott an die bayerischen Milchbauern für ihre Arbeit Tag für Tag!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die bundespolitische Wertschätzung für Landwirte ist begrenzt, insbesondere für jene mit Anbindehaltung. Die Novelle des Tierschutzgesetzes hätte sie hart getroffen, ihre Existenz gefährdet oder gar zerstört. Meine Damen und Herren, man merkt, es ist Wahlkampf; denn wir beraten hier einen gegenstandslosen Antrag. Mit dem Bruch der Ampel ist auch die Novelle des Tierschutzgesetzes hinfällig. Hier handelt es sich um ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver, Das durchschauen unsere Landwirte.

Die Milchviehhaltung hat sich in den letzten Jahrzehnten auch in Bayern stark verändert, und sie wird sich weiter verändern. Die FREIEN WÄHLER setzen seit Jahren auf eine stetige und zeitlich moderate Umstellung von der Anbindehaltung auf Kombi- oder Laufstallhaltung. Seit Jahren wird in Bayern kein Neubau eines Milchviehstalles mit Anbindehaltung mehr genehmigt. Immer mehr Landwirte entscheiden sich für den Neubau eines Laufstalles. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen.

Viele Milchviehhalter mit Anbindehaltung stellen sich nun die Frage: Was tun? Für viele steht fest: Aufhören ist keine Option. Das begrüßen wir FREIEN WÄHLER. Wir unterstützen diese Landwirte. Wir wollen eine kleinstrukturierte Landwirtschaft, zum Beispiel in Mittelgebirgsregionen wie in Franken oder der Oberpfalz, erhalten.

Die Kombihaltung kann ein machbarer Weg sein, um die Milchviehhaltung im Betrieb in den bestehenden Wirtschaftsgebäuden weiter betreiben zu können. Hier wird aber vor allem eines benötigt, nämlich mehr Platz. Und Platz ist knapp, gerade innerorts. Eine Verlagerung des Betriebes ist mit hohen Kosten verbunden. Bayern setzt deshalb bei der Haltungsumstellung auf Anreize und Förderungen vor Verboten. Bayern unterstützt interessierte Milchviehbetriebe mit umfangreichen Beratungs- und Investitionsprogrammen. Seit 2018 wurden insgesamt mehr als 86 Millionen Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln zur Umstellung von Anbinde- auf Laufstallhaltung aufgewendet. Neben diesen Maßnahmen wurde in Bayern die Tierwohlmaßnahme T10, Sommerweidehaltung, eingeführt, um höhere Betriebskosten abzufedern.

Unsere Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten begleiten unsere Landwirte. Auch bei baulichen Veränderungen der landwirtschaftlichen Betriebe, egal welcher Art, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Drei bis fünf Jahre für die Baugenehmigung eines Milchviehstalles sind keine Seltenheit. Überbordende Bürokratie, gerade im bundesdeutschen Baurecht, hemmt die Betriebe. Immissionsrechtliche Auflagen sind für unsere bayerischen Landwirte ein enger Knebel. Die Bundesregierung schraubt in ihrem Regulierungswahn immer mehr an den Grenzwerten, vor allem bei der TA Luft und der TA Lärm. Das sind unter anderem die größten Hürden, die Um- oder Neubauten, egal ob im Dorf oder im Außenbereich, verhindern.

Wir FREIEN WÄHLER fordern Erleichterungen im Baurecht beim Umbau zu einer modernen Tierhaltung. Dafür machen wir uns auch im Bund stark. Der vorliegende Dringlichkeitsantrag ist gegenstandslos und ein Wahlkampfmanöver. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Ralf Stadler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Groß, Sie haben die Hilfsprogramme aufgeführt, mit denen ein Umbau unterstützt werden kann. Eine ganz simple Frage: Sollten Betriebe mit Bestandsschutz, bei denen ein Umbau nicht möglich ist und die praktisch aufhören müssten, mit einem finanziellen Hilfsprogramm unterstützt werden, ja oder nein? Mir würde ein einfaches Ja oder Nein als Antwort reichen.

Johann Groß (FREIE WÄHLER): Herr Stadler, ich möchte Sie nicht aus der letzten Sitzung des Landwirtschaftsausschusses zitieren. Was Sie dort gebracht haben, war unterstes Niveau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mit Ihrem Dringlichkeitsantrag fordert die AfD ein Hilfspaket für Rinderhalter, die noch Anbindehaltung haben. Wir von der SPD haben uns bereits vor einem Jahr mit unserem Antrag auf Drucksache 19/417 für einen geordneten Übergang zur modernen Tierhaltung starkgemacht. Wir setzen auf ein maßvolles und machbares Vorgehen, das den Landwirten Unterstützung bietet und gleichzeitig den Tierschutz vorantreibt. Unser Ansatz ist klar: Wir wollen den bayerischen Milchbauern helfen, sich schrittweise von der Anbindehaltung zu lösen, und ihnen durch gezielte Förderprogramme eine wirtschaftliche Perspektive geben.

Ein Blick in die Zahlen aus meiner Anfrage vom Juli 2024 zeigt: In Bayern wurden im Jahr 2018 insgesamt 1,7 Millionen Haltungsplätze für Rinder erfasst, von denen 628.300 in Anbindehaltung waren. Im Jahr 2023 ist diese Zahl auf 325.300 Haltungsplätze in Anbindehaltung gesunken. Diese Zahlen verdeutlichen doch, dass es Handlungsbedarf gibt, aber auch, dass bereits Fortschritte erzielt wurden; denn die Zahl der Anbindehaltungsplätze ist in den letzten fünf Jahren deutlich zurückgegangen. Das zeigt, dass bereits viele Landwirte umdenken und ihre Betriebe anpassen wollen. Darüber hinaus ist es ein deutliches Zeichen, wenn die Discounter ihr Sortiment an Fleischprodukten mit höheren Tierwohlstandards ausbauen.

Gleichzeitig wissen wir in Bayern, dass aufgrund der kleinen Strukturen und der Almwirtschaft nicht jeder Betrieb auf Laufstallhaltung oder vollständige Weidehaltung umstellen kann. Deshalb ist es wichtig, praxisnahe Lösungen zu finden, die den unterschiedlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Die aktuelle Übergangsregelung sieht vor, dass Rinder in der Kombihaltung mindestens an 120 Tagen im Jahr Zugang zur Weide oder zum Freigelände haben müssen, während sie an den restlichen Tagen angebunden gehalten werden dürfen. Diese Regelung bietet den Betrieben die notwendige Flexibilität, sich auf neue Anforderungen einzustellen. Es gibt umfassende För-

derprogramme, zum Beispiel das Agrarinvestitionsförderprogramm oder das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft, mit denen Landwirte gezielt unterstützt werden.

Allein in den Jahren 2018 bis 2023 wurden dafür über 37 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel zur Verfügung gestellt. Die SPD hat bereits konkrete Vorschläge gemacht, die darauf abzielen, den betroffenen Landwirten nicht nur finanzielle Unterstützung zu gewähren, sondern auch den Wissenstransfer zu modernen Haltungsformen zu fördern. Mit einer Kombination aus Förderung, Beratung und klarer Perspektive können wir gemeinsam eine Zukunft gestalten, die sowohl den Landwirten als auch dem Tierwohl gerecht wird. Deshalb lehnen wir den Dringlichkeitsantrag der AfD ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wie bereits zu Beginn unserer Sitzung bekannt gegeben, entfällt der Tagesordnungspunkt 11.